

Kindergarten: Opt-out erst nach drei Monaten

Im Alter von dreieinhalb Jahren sollen Kinder künftig Entwicklungs- und Sprachscreenings unterzogen werden.

Eltern, die ihr vierjähriges Kind nicht in den Kindergarten schicken wollen, müssen das trotzdem tun – zumindest drei Monate lang.

18.11.2015 | 18:23 | von Bernadette Bayrhammer, Rosa schmidt-Vierthaler und Julia Neuhauser (Die Presse)

Wien. Die geplante Ausweitung des Pflichtkindergartens auf alle Vierjährigen wird wohl noch für Diskussionen sorgen. Geplant ist, dass jedes Kind mit vier Jahren verpflichtend in den Kindergarten muss, und zwar mindestens drei Monate lang. Dann erst wird die sogenannte Opt-out-Möglichkeit schlagend.

„Wenn die Eltern die Kinder nicht im Kindergarten haben wollen, können sie ihre Kinder nach drei Monaten herausnehmen, wenn sie keinen Sprach- oder Entwicklungsförderbedarf haben“, heißt es aus dem Staatssekretariat von Harald Mahrer (ÖVP).

Die Volkspartei wollte mit der Opt-out-Regelung offenbar Eltern, die ihre Kinder nicht schon mit vier Jahren in den Kindergarten schicken wollen, entgegenkommen. Ob die nun vorliegende Lösung mit den drei Monaten diesen Zweck erfüllt, ist fraglich, zumal gerade die Eingewöhnungsphase in den Kindergarten für Kinder wie Eltern eine Herausforderung ist.

Allzu viele Kinder betrifft das nicht: Schon jetzt besuchen 95 Prozent der Vierjährigen freiwillig den Kindergarten. Außerdem wackelt das zweite verpflichtende Kindergartenjahr ohnedies. Denn alle am Dienstag von der Regierung präsentierten Neuerungen stehen unter Finanzierungsvorbehalt.

Zwar gaben sich Mahrer und Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) am Dienstag zuversichtlich, dass es das Geld schon geben würde. Im Finanzministerium zeigt man sich auf Anfrage der „Presse“ zurückhaltend. Nur so viel: Es werde Gespräche geben.

Derzeit ist der Kindergarten für die Vierjährigen in manchen Bundesländern jetzt schon gratis – etwa in Wien. Kommt die Pflicht, dann muss der Kindergarten für alle Vierjährigen gratis sein. Das macht das Vorhaben teuer. Schon jetzt schießt der Bund jährlich 70 Millionen Euro für das erste Pflichtkindergartenjahr zu. Den Rest – und das ist der Großteil – tragen Länder und Gemeinden. Im Gemeindebund will man zwar auf konkrete Pläne warten, äußert sich aber skeptisch: „Die Frage, ob der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen steht, muss erlaubt sein.“

Mehr Pädagogen nötig

Auch der Bildungskompass – eine Art Mutter-Kind-Pass für Bildung – wird zu Debatten führen. Grundsätzlich findet er von vielen Seiten Beifall – von der Wirtschaft bis zu den Grünen. „Die Idee klingt interessant“, sagt Wilfried Smidt, Professor für Elementarpädagogik an der Uni Innsbruck. Sie sei aber mit vielen Fragen verbunden – unter anderem mit der nach dem Personal.

Mit dem Bildungskompass sollen Sprache, Leistung und Entwicklung jedes Kindes ab dem Alter von dreieinhalb Jahren bis zum Ende der Schule dokumentiert und von Bildungseinrichtung an Bildungseinrichtung weitergegeben werden. Dieses Portfolio – ursprünglich ist es eine Idee des Genetikers Markus Hengstschläger – soll künftig auch den Schulreifetest obsolet machen.

„Es ist sehr sinnvoll, den Entwicklungsstand der Kinder über die Zeit zu erfassen, auch damit der Übergang in die Schule besser gelingt“, sagt Smidt. Dokumentieren allein reicht aber nicht aus. „Man muss natürlich sicherstellen, dass die Kinder auch entsprechend gefördert werden.“ Das könnte bedeuten, dass es mehr und anders qualifizierte Pädagogen braucht.

Raphaella Keller vom Dachverband der KindergartenpädagogInnen drückt das deutlicher aus: „Das bringt überhaupt nichts, solange in den Kindergärten nicht massiv Personal aufgestockt wird.“ Wenn es ein gutes Konzept gebe, sei sie voll dafür. „Aber wenn es nicht mehr Pädagogen gibt, die die identifizierten Defizite auch angehen können, ist das eine Farce.“

Fragen wirft auch die geplante erste „Potenzialanalyse“ im Alter von dreieinhalb Jahren auf. In dem Reformpapier ist die Rede von Entwicklungs- und Sprachscreenings im Rahmen eines Gesprächs zwischen Eltern, Kind und Pädagogen im Kindergarten, aber vor dem eigentlichen Kindergartenbesuch.

Was sich Forscher Smidt darunter vorstellen kann: standardisierte Verfahren, mit denen Sprachstand und Entwicklung getestet werden, Befragungen oder Einschätzungen der Eltern. Keller ist skeptisch: Eine Momentaufnahme sei bei dreieinhalbjährigen Kindern schwierig.

Darauf, ob ein Kind in den Kindergarten muss oder nicht, hat dieses Screening aber offenbar ohnehin keine Auswirkung. Egal, wie der erste Test für den Bildungskompass ausfällt – drei Monate lang muss das Kind in den Kindergarten.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 19.11.2015)